

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung
Band: 26 (2014)
Heft: 102

Artikel: Die Politik kann warten
Autor: Hartmann, Dominique
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-968013>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Politik kann warten

An der Jungbürgerfeier erhalten Jugendliche die Bürgerrechte. Auf ihre Beteiligung am politischen Leben scheint dieser Anlass jedoch wenig Einfluss zu haben. Von *Dominique Hartmann*

Haben Festlichkeiten, die vom Staat organisiert werden, wenn Jugendliche das Stimm- und Wahlrechtsalter erreichen, einen Einfluss darauf, ob diese sich später politisch engagieren? Damit beschäftigt sich eine Untersuchung der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO). Sie konzentriert sich auf Jugendliche der Mittel- und Oberschichten – diese nehmen am meisten an Jungbürgerfeiern teil. An den Anlässen werde versucht, Emotionen zu wecken, sagt die Sozialwissenschaftlerin Laurence Ossipow. Einige Feiern gleichen fast einem Initiationsritual, etwa jene mit nächtlicher Schnitzeljagd inklusive Bezwingerung der Klettermauer an der Brücke zwischen Marly und Freiburg. Die Feiern sind so unterschiedlich wie die verwendete Symbolik.

In Anières, Genf, ist ein pädagogischer Ansatz auszumachen: Die Jugendlichen werden von einem politischen Paten begleitet und eingeladen, eine erste Motion im Gemeinderat einzureichen. Im freiburgischen Düdingen hält der Gemeindeammann eine Rede, danach folgen Spiele mit Politikerinnen und Politikern. Und während in der Stadt Genf die Flaggen von Europa, der Schweiz und Genf wehen, setzt Marly, Freiburg, auf regionale Symbole.

«Bei den Feierlichkeiten steht der Staat im Vordergrund, nicht die Jugendlichen», sagt die Forscherin, «als ob die Politik den Jugendlichen ihren Stempel aufdrücken wollte.» Ein Teil der Politikerinnen und Politiker vertritt eine konventionelle Sicht der Partizipation, die sich im Wesentlichen auf offizielle politische Handlungen beschränkt. Kritische Äußerungen kommen nicht gut an, obwohl sie theoretisch als Gewinn dargestellt werden. Auch die Aufrufe zur Teilnahme an Abstimmungen sind paradox: Politiker betonen, dass diese nicht der Moment «für ein Wunschkonzert» seien. Andere fordern die Jugendlichen auf, sich sozial oder informell zu engagieren, vor allem in Gemeinden, die auch ausländische Jugendliche einladen, da diese nicht alle politischen Rechte erhalten und somit nicht eigentlich mündig werden.

Ein Blick in die Archive zeigt, dass die Feierlichkeiten zwischen 1924 und 1944 den Männern vorbehalten und an den Militärdienst gekoppelt waren. 1942 intervenierten Frauenvereine mit dem Argument, dass



Zwischen Hip-Hop-Look und alteidgenössischer Tracht: Jungbürgerfeier im Genfer Théâtre du Léman (2009). Bild: Isabelle Csupor

die Mädchen ebenfalls einzuladen seien, weil sie Frauenhilfsdienst leisten. Bis 1960, als das Frauenstimmrecht auf Gemeinde- und Kantonsebene eingeführt wurde, gab es zwei separate Ansprachen, mit denen die jungen Männer zur Teilnahme am öffentlichen Leben und die jungen Frauen zur Kindererziehung angehalten wurden.

Immer weniger

Auch politische Trends prägten die Aufrufe zur Bürgerbeteiligung. Zwischen 1942 und 1944 galt es, den Patriotismus zu stärken. Mit dem Wirtschaftsaufschwung in den 1960er Jahren tauchte das Konzept eines vereinten Europas in den Reden auf. Später wurden diese polemischer. Die Sozialwissenschaftlerin Isabelle Csúpor erzählt, dass 1971 eine junge Frau eine kritische Rede zum Wirtschaftsperialismus und zum kirchlichen Verbot der Empfängnisverhütung hielt. Doch immer weniger Jugendliche nehmen an den Jungbürgerfeiern teil. Seit 2011 unternimmt Genf

Anstrengungen, um auch Jugendliche zu einer Teilnahme zu bewegen, die nicht studieren.

Die Forschenden kommen zum Schluss, dass die Jungbürgerfeiern «nicht ins Schwarze treffen». Zwar sind politisch tätige Personen bereit, Jugendliche zu unterstützen, die sich sozial oder politisch engagieren wollen, diese interessieren sich aber im Allgemeinen kaum für Abstimmungen. Die Jugendlichen engagieren sich vor allem sozial (Jugendorganisationen, Sportclubs). Politik wird – vielleicht – später einmal ein Thema sein.

Dominique Hartmann ist Redaktorin bei «Le Courrier».